

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2007-08-30

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Telefon: 03 85 / 5 45 29 70

Antrag
Drucksache Nr.

01738/2007

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Altlasten B-Plan-Gebiet Möwenburgstraße

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, einen lückenlosen Bericht über die Genehmigungssituation in den Jahren 1993-1999 bei der Beräumung des B-Plan-Gebietes vorzulegen unter Einbeziehung der Quecksilber-Havarie 1991/92.

T.: StV 15.10.2007

Begründung

Der Bericht hat insbesondere auf folgende Details einzugehen: Genehmigungsvorgänge Abriss, Zwischenlagerung Recyclingmaterial (Belastungsgrad), Schredderung, Verfüllung, Az. 63-24-1058/97, 63-16-0831 / 1996. 63-24-00868/97. 63-16-2878/1994 unter Auswertung der damals vorgelegten Gutachten, Prüfberichte, Ordnungsverfügungen und Baustops. Hier ist auch die Herkunft des Materials aus dem Bauvorhaben Schlosspark-Center an der Reifferbahn zu referieren. Der Bericht hat insbesondere die besonderen Schwierigkeiten mit den damals dort beteiligten Firmen und Verantwortlichen des Dauermilchwerkes herauszuarbeiten, die Auflagen, die schon damals nicht erfüllt worden sind, die Baustops, die wg. ungenehmigter Vorgänge verfügt werden mussten, gepaart mit Ordnungsverfügungen und die strikte Beauftragung der Kontaminationsfreiheit des Geländes gegenüber der damals beauftragten und heute insolventen Rostocker Baufirma. Auch ist in dem Bericht herauszuarbeiten, dass der strikte Einbau von Z 0 - Material damals in der Baugenehmigung v. 8.4.07 verfügt wurde (gefunden wurde gegenwärtig (hoch) belastetes Material der Schadstoffstufe Z 2, welches im Boden belassen werden soll). Außerdem ist herauszuarbeiten, dass dies

alles von der begleitenden Gutachter-Firma überprüft und bestätigt werden sollte, was dann nachweislich in Form einer wahrheitswidrigen Expertise getan worden ist, denn es wurde sich an keine wesentliche der damaligen Auflagen gehalten.

Dieser Bericht hat dann die aktuellen Stellungnahmen des StAUN, des städtischen Umweltamtes sowie des Stadtplanungsamtes u.a. v. 13.4.07 im gegenwärtigen B-Planverfahren einzubeziehen.

Weiterhin soll berichtet werden, ob die Verwaltung Verfahren gegen die Beteiligten, egal, ob Insolvenz eingetreten ist, u.a. aus den Baugenehmigungen, gegen die nachweislich verstoßen worden ist, nach LBauO M-V. eingeleitet hat. Immerhin sind sechsstellige Geldbußen angedroht, eine strafrechtliche Verfolgung über die Staatsanwaltschaft bzgl. §§ 324, 326 etc. StGB reicht nicht aus.

Die Informationen des OB in der 31. StV v. 4.6.07, DS 01176/2006, decken bei weitem nicht das wahre Ausmass dieses Komplexes ab, der u.a. auch von der dort tätigen Entwicklungsgesellschaft vertuscht werden soll. Der dortige Hinweis, dass zum Informationsbedarf die Unterlagen bei der Verwaltung eingeholt werden könnten, geht fehl, da eine ausreichende und belastbare Informationserteilung der Fraktion zumindest bis zur Abfassung dieses Beschlussantrages nicht gewährt wurde.

Über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Manfred Strauß
Fraktionsvorsitzender